

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,
Sehr geehrter Herr Landrat,
Werte Kreistagskollegen und
Mitarbeiter der Verwaltung,

Vorab gilt mein Dank den Mitarbeitern der Verwaltung für Ihre sorgfältige Arbeit und die kompetente Beratung in allen Detailfragen.

Das Haushaltsvolumen des Landkreises Gotha ist groß wie nie - 228 Millionen Euro. Ausgeglichen ist er auch - zumindest oberflächlich betrachtet - aber dazu später.

Zunächst begrüßen wir die gesunkene Kreisumlage außerordentlich, auch wenn wir der Meinung sind, dass es durch eine bewusstere Personalpolitik hier weiteren Spielraum gegeben hätte. Die Städte und Gemeinden unseres Kreises können in diesen Krisenzeiten jede Entlastung sehr gut gebrauchen. Deshalb sollte perspektivisch eine Überprüfung der vorgehaltenen Personalstellen auf ihren tatsächlichen Bedarf durch einen unabhängigen Dritten stattfinden. Es kann doch nicht sein, dass dort jedes Jahr 40 und mehr unbesetzte Stellen "zu viel" vorgehalten werden, die über die Kreisumlage von unseren Gemeinden und Städten zu finanzieren sind. Hier können allein bis zu einer Million Euro eingespart werden, was eine weitere Senkung der Kreisumlage ermöglichen würde.

Der größte Ausgabenblock des Kreishaushaltes ist der für den sozialen Bereich. Diese Ausgaben sind begründet, weitestgehend nachvollziehbar und in den allermeisten Fällen wohl unumgänglich.

Was uns missfällt, sind die vielen unsicheren Komponenten in diesem Sektor. Denn es wird - wie auch schon in diesem und im vergangenen Jahr - davon ausgegangen, dass die enormen Kosten für die Unterbringung und Sozialleistungen für Ukraineflüchtlinge sowie Teile für Aufwendungen für andere Migranten vom Land Thüringen getragen werden. Nun warten wir z. B. aber immer noch auf die fehlenden vier Millionen aus 2021, Zahlungen in diesem Jahr hat es laut Haushaltsplan auch noch keine gegeben und eine Zusage, dass die Kosten ab nächstem Jahr überhaupt weiter in dieser Form ausgeglichen werden, gibt es von der Landesregierung bzw. dem zuständigen Ministerium bisher gar nicht.

Davon abgesehen: Völlig unabhängig wer die Kosten letztendlich trägt, ob Kommune, Land oder Bund - es sind Steuergelder die hier aufgewendet werden und an anderer Stelle fehlen.

Große Teile der Haushaltsplanung auf diesen Annahmen und mehr als unsicheren Versprechen aufzubauen halten wir für falsch. Ja, es gilt auch hier „Wer die Musik bestellt hat, muss sie auch bezahlen.“ Nun kann man der Forderung nach Zahlung mit mehr oder weniger Nachdruck nachgehen. Im Falle des Landkreises Gotha entschied man sich zunächst für weniger. Brav wurden immer wieder Unterkünfte für die ankommenden

Asylanten gesucht und auch gefunden. Eine Turnhalle nach der anderen musste herhalten - darunter zu leiden hatten und haben wie so oft unsere Kinder, aber auch Sportvereine, Seniorensportgruppen usw. Unseren Antrag auf Aufnahmestopp lehnte man im Frühjahr ab, ohne eine Diskussion darüber überhaupt zuzulassen. Erst als sich die Situation im Herbst extrem verschärfte entschied sich auch unser Landrat zum Handeln. Gemeinsam mit anderen Landräten wurde ein Brandbrief an die Landesregierung geschickt. Zu spät, mit zu wenig Nachdruck und letztlich ohne Konsequenzen. Wenn, wie in der letzten Kreistagssitzung auf unsere Anfrage hin deutlich wird, dass das Landratsamt weder weiß, wer von den Flüchtlingen arbeitsfähig und arbeitswillig ist und daran auch nichts ändern will, dann kann es mit einer Änderung der Flüchtlingspolitik auf kommunaler Ebene nicht weit her sein.

Kurzum: aus unserer Sicht steht der Haushalt durch die unklare und unsichere Finanzpolitik der Landesregierung auf zu wackeligen Füßen. Was zu großen Teilen, aber eben nicht ausschließlich außerhalb des Wirkungsbereichs von Herrn Eckert liegt. Wir werden uns deshalb bei der Abstimmung zum Haushalt 2024 enthalten.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Miriam Kütter

Stellv. Fraktionsvorsitzende AfD-Fraktion im Kreistag Gotha

13. Dezember 2023